

Michael Ghanem

2005 - 2018

***Deutschlands verlorene
13 Jahre***



Teil 13 A

Entwicklungspolitik - Quo vadis?

Dieses Buch ist allen Mahnern und einsamen Rufern gewidmet, denen das Wohlergehen unserer Gesellschaft am Herzen liegt. Jeder kritische Geist ist einsam und gehört zu einer Minderheit. Die Minderheit von heute kann jedoch die Mehrheit von morgen sein.

Dieses Buch ist auch meiner Frau Marlene gewidmet für ihre kritischen und klugen Ratschläge, die mich mein Leben lang begleitet hat und die mir stets eine gute Ratgeberin war.

Bonn, im April 2019

Michael Ghanem

„Die Gedanken sind frei“

2005-2018

Deutschlands verlorene 13 Jahre

Teil 13 A

Entwicklungspolitik - quo Vadis?

© 2019 Michael Ghanem

Verlag und Druck: tredition GmbH, Halenreihe 40-44, 22359 Hamburg

ISBN

978-3-7482-8006-4 (Paperback)

978-3-7482-8007-1 (Hardcover)

978-3-7482-8008-8 (e-Book)

Das Werk, einschließlich seiner Teile, ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung des Verlages und des Autors unzulässig. Dies gilt insbesondere für die elektronische oder sonstige Vervielfältigung, Übersetzung, Verbreitung und öffentliche Zugänglichmachung.

Die verwendeten Abbildungen sind bei adobe und Statista lizenziert.

Titelbild: https://de.fotolia.com/Fotolia_67218004

Dieser Band ist Teil 1 der Reihe zum Thema Entwicklungspolitik und beinhaltet das Grundwissen und die Analyse des Ist Zustands.

Der zweite Band beinhaltet die kritische Würdigung der Entwicklungspolitik und der Bevölkerungsbombe, der Migratino und die Rolle des Klimawandels.

Der dritte Band behandelt Ansätze zu einer alternativen Entwicklungspolitik im Rahmen der Anti-Fragilitäts-Ökonomie.

Über den Autor:

Michael Ghanem

<https://michael-ghanem.de/>

Jahrgang 1949, Studium zum Wirtschaftsingenieur, Studium der Volkswirtschaft, Soziologie, Politikwissenschaft, Philosophie und Ethik, arbeitete viele Jahre bei einer Internationalen Organisation, davon fünf Jahre weltweit in Wasserprojekten, sowie einer europäischen Organisation und in mehreren internationalen Beratungsunternehmen.

Er ist Autor von mehreren Werken, u.a.

„Ich denke oft.... an die Rue du Docteur Gustave Rioblanc – Versunkene Insel der Toleranz“

„Ansätze zu einer Antifragilitäts-Ökonomie“

„2005-2018 Deutschlands verlorene 13 Jahre Teil 1: Angela Merkel – Eine Zwischenbilanz“

„2005-2018 Deutschlands verlorene 13 Jahre Teil 2: Politisches System – Quo vadis?“

„2005-2018 Deutschlands verlorene 13 Jahre Teil 3: Gesellschaft - Bilanz und Ausblick

„2005-2018 Deutschlands verlorene 13 Jahre Teil 4: Deutsche Wirtschaft-Quo vadis?“

„2005-2018 Deutschlands verlorene 13 Jahre Teil 5: Innere Sicherheit-Quo vadis?“

„2005-2018 Deutschlands verlorene 13 Jahre Teil 6: Justiz- Quo vadis?“

„2005-2018 Deutschlands verlorene 13 Jahre Teil 7: Gesundheit- Quo vadis? Band A, B und C“

„2005-2018 Deutschlands verlorene 13 Jahre Teil 8: Armut, Alter, Pflege - Quo vadis?“

„2005-2018 Deutschlands verlorene 13 Jahre Teil 9: Bauen und Vermieten in Deutschland - Nein danke“

„2005-2018 Deutschlands verlorene 13 Jahre Teil 10: Bildung in Deutschland“

„2005-2018 Deutschlands verlorene 13 Jahre Teil 11: Der Niedergang der Medien“

„Eine Chance für die Demokratie“

„Deutsche Identität – Quo vadis?“

„Sprüche und Weisheiten“

„Nichtwähler sind auch Wähler“

„AKK – Nein Danke!“

„Afrika zwischen Fluch und Segen“

„Deutschlands Titanic – Die Berliner Republik“

Bonn, im April 2019



Inhaltsverzeichnis

- 1. Vorwort***
- 2. Grundwissen und Grundinformationen***
- 3. Zahlen und Fakten***
- 4. Epilog***
- 5. Literaturverzeichnis***

1. Vorwort

Als der Autor sich der Thematik der Entwicklungshilfe in dieser Reihe angenommen hat, war er unsicher, ob er alles was er in Afrika erlebt hat wiedergeben sollte. Davon hat er Abstand genommen, denn schon damals d. h. in den Jahren 1974-1980 war die Lage sehr bedrohlich, aber sie war in erheblichem Maß besser als heute. Damals lebten in Afrika erheblich weniger Menschen als heute, der Verbrauch von Wasser und Trinkwasser (einziger Maßstab zur Bemessung von Reichtum) war erheblich höher als heute. Heute ist zwar das Gesundheitswesen erheblich besser als damals, jedoch werden so viele Kinder geboren wie damals mit dem Unterschied, dass damals die Hälfte der Kinder starben und heute von fünf Kinder maximal eins sterben könnte.

Insoweit ist der Zuwachs der Bevölkerung in den Entwicklungsländern ein erhebliches, wenn nicht das größte Problem. Es muss festgestellt werden, dass auch das Durchschnittsalter oder die Alterspyramide insbesondere für Asien und Afrika und selbst für Südamerika für die Zukunft hinsichtlich der Wirtschaftsentwicklung dieser Länder Sorgen bereitet. Es ist daher von Nöten, einen gigantischen Marshallplan sowohl für Afrika als auch für Südostasien im Gang zu setzen, der nachhaltig ist und nicht an den Interessen der Geberländer orientiert sein darf, damit nicht gigantische Völkerwanderungen im Gang entkommen.

Im Teil A des gesamten Buchs wird lediglich Grundwissen in einfacher Form weitergegeben, und der Ist-Zustand der Entwicklungshilfe grob dargelegt. In Teil B des Buches wird ausführlich auf die Problematik eingegangen, insbesondere die kritische Würdigung der bisherigen Entwicklungspolitik Deutschlands und Europas, die neuen

Herausforderungen für die Entwicklungspolitik, Völkerwanderungen bedingt durch Klimawandel, zu erwartende Bürgerkriege und Massensterben. Der Teil B des Buches wird nicht Rücksicht auf die Mainstream Gedanken nehmen, denn die Problematik der Entwicklungspolitik ist für uns alle eine Überlebensfrage auf Dauer.

Der Autor versichert beim Zustandekommen dieses Buches nicht aus seinen beruflichen Erfahrungen Information bezogen, sondern lediglich aus öffentlich für jedermann zugängliche Informationen herangezogen hat.

2. Grundwissen und Grundinformationen

Entwicklungszusammenarbeit

Entwicklungszusammenarbeit (auch als **Entwicklungshilfe** oder **technische Zusammenarbeit** bezeichnet), ist das gemeinsame Bemühen von Industrieländern und Entwicklungsländern, weltweite Unterschiede in der sozioökonomischen Entwicklung und in den allgemeinen Lebensbedingungen dauerhaft und nachhaltig abzubauen. Als Grundprinzip der Zusammenarbeit gilt dabei stets "Hilfe zur Selbsthilfe" im Gegensatz zu bloßer Nothilfe in Krisensituationen. Seit den 1990er Jahren löst die partnerschaftlich orientierte Entwicklungszusammenarbeit als Begriff in der Entwicklungspolitik den der Entwicklungshilfe ab. Der Begriffswandel von Entwicklungshilfe hin zur Entwicklungszusammenarbeit illustriert den Anspruch einer partnerschaftlichen Gleichberechtigung von Geber- und Empfängerländern, im Gegensatz zu der besonders in den Anfangsjahren nach dem Zweiten Weltkrieg und der Dekolonisierung dominierenden Rolle des technischen Fachwissens und der finanziellen Möglichkeiten der Geberländer. Mit diesem Begriffswandel ist allerdings nicht zwingend auch ein Wandel der Philosophie verbunden, sodass Entwicklungszusammenarbeit oft sehr ähnliche Ziele verfolgt wie frühere Entwicklungshilfe. Am deutlichsten wird der begriffliche Wandel allerdings in der Formulierung der UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung im Jahr 2015, die nun alle Staaten der Welt gleichermaßen zu Entwicklungsbemühungen im Sinne globaler Ziele verpflichten. Zu den Rahmenbedingungen gehört auch die Reflexion der eigenen möglicherweise durch Subventionen verzerrten Handelspolitik und deren Zollanreize.¹

Flüchtlings-, Hunger-, Katastrophen- und humanitäre Hilfe erfolgt hingegen kurzfristig und ist darauf bedacht, die schlimmsten Auswirkungen von Naturkatastrophen, Kriegen und anderen humanitären Krisen möglichst schnell zu mildern und die momentanen Lebensbedingungen zu verbessern. Ihnen folgt meist die Entwicklungszusammenarbeit als sogenannte Aufbauhilfe, die im Gegensatz langfristige, nachhaltige Ziele und strukturelle Änderungen beabsichtigt.

Entwicklungspolitik ist ein Überbegriff für staatliche Programme, die die politische, wirtschaftliche und soziale Situation in unterentwickelten Staaten verbessern sollen.

Staatliche Internationale Entwicklungshilfe

1961 entstand der Begriff der Entwicklungshilfe zum ersten Mal, als am 30. September 1961 die Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) mit Sitz in Paris gegründet wurde. Ihre Aufgabe war es, die damals sogenannte Entwicklungshilfe International zu koordinieren und untereinander besser abzustimmen.

Bis dahin bestand die einzige Hilfe in Form von Krediten für die in die Unabhängigkeit entlassenen Kolonien, mit denen die Hoffnung verbunden war, sie würden eine ähnliche wirtschaftliche Dynamik entfalten wie nach dem Zweiten Weltkrieg der Marshallplan in Europa.

Die Gründung der OECD führte zur Bildung von Entwicklungsministerien in zahlreichen Ländern. Der Gründung vorausgegangen war eine Welle von in die Unabhängigkeit entlassenen afrikanischen Staaten (Dekolonisation).

Staatliche Entwicklungszusammenarbeit

Die staatliche Entwicklungszusammenarbeit (EZ) kann untergliedert werden in:

Multilaterale Entwicklungszusammenarbeit

Im Rahmen der multilateralen Entwicklungszusammenarbeit leisten einige Industrieländer Zahlungen an überstaatliche Zusammenschlüsse und Organisationen, die diese Gelder verwalten und im Rahmen unterschiedlichster Programme an Entwicklungsländer auszahlen. Multilaterale Geber sind z. B. die Weltbank-Gruppe, der Global Fund to Fight AIDS, Tuberculosis and Malaria,² die Vereinten Nationen und deren Sonderorganisationen, beispielsweise das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen, das Umweltprogramm der Vereinten Nationen, die Weltgesundheitsorganisation, der Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen und das Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen.

Bilaterale Entwicklungszusammenarbeit

In der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit unterstützen Industrieländer ihre Partnerländer in Form von finanzieller, technischer und personeller Zusammenarbeit; diese Hilfe wird durch bilaterale Abkommen zwischen dem Geber- und Empfängerland geregelt. Das Development Assistance Committee der OECD³ ist das wichtigste Gremium der bilateralen Geber. In ihm sind 22 Industrienationen und die Europäische Union vertreten, die alle drei Jahre einen Bericht über ihre „Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit“ (Official Development Assistance) vorlegen.

Beiträge zur bilateralen Entwicklungszusammenarbeit können auch Initiativen für wirtschaftswissenschaftliche oder kulturelle Bildungsnetzwerke sein. Beispiele aus dem deutschsprachigen Raum sind Internationale Wissenschaftsjahre des BMBF für jeweils wechselnde Partnerländer oder das ASEA-UNINET zwischen Österreich und Ostasien.

Entwicklungszusammenarbeit der Vereinten Nationen

Anfang der 1960er Jahre herrschte in der Entwicklungszusammenarbeit die Vorstellung einer „Grünen Revolution“ vor. Man müsse die Landwirtschaft nur mit modernen Produktionsmethoden versehen, um die Ernährung der Weltbevölkerung sicherzustellen. Die landwirtschaftliche Produktion wurde gesteigert. Allerdings wuchsen die

Abhängigkeiten in der Landwirtschaft, und das Wissen um traditionelle Anbaumethoden ging vielfach verloren.

1964 gründete sich die Gruppe der 77 als Interessenvertretung, der mittlerweile 131 Entwicklungsländer angehören.

1965 entstand das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen. Seit 1970 koordiniert es die Programme und Aktivitäten der Vereinten Nationen. In seinem jährlich veröffentlichten „Human Development Report“ legt das Entwicklungsprogramm (UNDP) eine umfassende Analyse der sozialen Entwicklungen in der Welt vor.

1970 formulierten die Vereinten Nationen das Ziel, dass die Industrieländer 0,7 % ihres Bruttonationaleinkommens bzw. Bruttosozialprodukts für öffentliche Entwicklungshilfe aufwenden sollen. Es wurde bis heute von nur wenigen Staaten (z. B. Norwegen, Schweden, Dänemark, Niederlande, Luxemburg) erreicht.

In einem langfristigen Prozess begannen die Vereinten Nationen in den 80er Jahren auf Initiative der damaligen Ausschussvorsitzenden der Kommission für Umwelt und Entwicklung, Gro Harlem Brundtland, eine globale Agenda 21 für einen weltweiten, nachhaltigen Wandel zu formulieren,⁴ der zu einer völligen Neubewertung von Umwelt- und Entwicklungsproblemen führte und deren Umsetzung bis in die Gegenwart anhält.

Träger (Auswahl)

- *International Development Association (IDA) der Weltbankgruppe*
- *United Nations Development Programme (UNDP)*
- *United Nations Children's Fund (UNICEF)*
- *Freiwilligenprogramm der Vereinten Nationen (UNV)*

Europäische Entwicklungszusammenarbeit

Die europäische EZ begann 1963 mit den Yaoundé-Abkommen, das zwischen der damaligen Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und

seinen ehemaligen Kolonien den Aufbau einer Freihandelszone und den Abbau von Handelshemmnissen vorsah. Nach dem Beitritt von Großbritannien 1973 in die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft erweiterte sich der Kreis der Entwicklungsländer als auch die Art der Entwicklungszusammenarbeit. Ab 1975 wurden die Vorhaben als Lomé-Abkommen in Abständen von fünf bzw. zehn Jahren regelmäßig fortgeführt. Von 2000 an wurden die Lomé-Abkommen durch das Cotonou-Abkommen abgelöst, das über eine längere Laufzeit – insgesamt zwanzig Jahre bei einer Überprüfung der Vertragsbedingungen alle fünf Jahre – verfügt und dessen Entwicklungszusammenarbeit stärker an die Erfüllung der Kriterien der good governance geknüpft wird.

1992 wurde das Europäische Amt für humanitäre Hilfe (ECHO) geschaffen, um schneller und flexibler humanitäre Hilfe in Katastrophen- und Notfällen zu leisten. ECHO arbeitet mit mehr als 200 Partnern zusammen, die einen Partnerschaftsrahmenvertrag mit der EU-Kommission unterzeichnet haben.

Seit 2001 ist das Amt für Zusammenarbeit EuropeAid die zentrale Stelle für die praktische Umsetzung der europäischen Entwicklungspolitik. EuropeAid verwaltet die Programme und Projekte in allen Entwicklungsländern. Den Vorsitz von EuropeAid hat deshalb der EU-Kommissar für Außenbeziehungen, die Geschäftsführung der Kommissar für Entwicklung.

Träger (Auswahl)

- *EuropeAid – Koordination sämtlicher europäischer Entwicklungspolitik*
- *ECHO – Europäisches Amt für humanitäre Hilfe*
- *Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD)*
- *Europäische Investitionsbank (EIB)*
- *Europäischen Entwicklungsfonds (EEF)*

Entwicklungszusammenarbeit der Nichtregierungsorganisationen

Wichtige Akteure im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit sind die Nichtregierungsorganisationen (NRO). Diese arbeiten in sehr unterschiedlichen Themenfeldern. Viele NRO finanzieren sich zu einem großen Teil über Spendengelder, erhalten aber auch staatliche Zuwendungen. Manche sind hauptsächlich politisch aktiv, um eine Veränderung von Gesetzen sowohl in den Industrieländern, als auch in den Ländern, in denen sie arbeiten, zu erreichen.⁵

NRO, die auch in Entwicklungsländern entweder über eigene Strukturen oder einheimische Kooperationspartner aktiv sind, legen in ihrer heutigen Entwicklungszusammenarbeit Wert darauf, dass sie die Menschen in den Entwicklungsländern zu „Hilfe zur Selbsthilfe“ befähigen. Dies bedeutet jedoch, dass die Menschen, denen geholfen werden soll, bereits zum Start eines Projekts in alle geplanten Maßnahmen involviert werden müssen. Den Menschen in den Projektgebieten kommt, angefangen bei der Bedarfsanalyse über die Projektgestaltung, eine federführende Rolle zu. Die meisten NRO betrachten sich heute als Partner der Menschen in den Entwicklungsländern.⁶

Partizipative methodische Ansätze der Entwicklungszusammenarbeit

Systematisierungsprozesse in der Entwicklungszusammenarbeit

Eine Systematisierung stellt einen partizipativen Prozess der Wissensproduktion dar. Dabei wird das Wissen der eigenen Praxis durch Reflexion und kritische Analyse extrahiert. Zentraler Aspekt hierbei ist, dass die Analyse der Praxis(-erfahrungen) und die Konstruktion des Wissens von jenen Personen durchgeführt werden, die auch die Projekt-Aktivitäten umgesetzt oder an den Aktivitäten teilgenommen haben. Dies bedeutet, dass bei der Systematisierung „Subjekt“ und „Objekt“ der Wissensproduktion identisch sind. Diese Einheit wird dadurch charakterisiert, dass die Wissensproduktion bei einem Systematisierungsprozess immer auf ein praktisches Wissen abzielt, um so Vorgänge besser verstehen und eine Steigerung der Effektivität

erzielen zu können. Eine Systematisierung von Projekterfahrungen kann jedoch zu einem gewissen Grad auch theoretisches Wissen produzieren bzw. Theorien bereichern oder eventuelle Schwachpunkte in theoretischen Ansätzen aufzeigen. Dies bedarf allerdings einer rigorosen Gegenüberstellung der Ergebnisse einer Systematisierung mit vorhandenen Theorien und Ansätzen.

Ursprung des Ansatzes

Systematisierung ist ein Konzept, welches in Süd- und Mittelamerika in den 1970er Jahren entwickelt wurde. Der Ausgangspunkt der Systematisierung liegt vor allem in der Educación Popular (Paolo Freire). In den folgenden Jahrzehnten wurden das Konzept und der Arbeitsansatz immer weiter verbessert und verfeinert und den aktuellen Bedingungen angepasst. Wichtige Vertreter dieser Weiterentwicklung waren bzw. sind: Oscar Jara, Marfil Francke, María de la Luz Morgan und Alfredo Ghiso, sowie all jene Organisationen, die systematisiert haben.

Transitionprozesse in der Entwicklungszusammenarbeit

Im Kontext der Entwicklungszusammenarbeit wird unter Transition die Übergangsphase verstanden, in der Projekte nach längerer externer Finanzierung erfolgreich in die Selbständigkeit begleitet werden. Speziell im Sinne einer ökonomischen Nachhaltigkeit muss dieses „Entlassen in die Selbständigkeit“ behutsam und strategisch vorbereitet und durchgeführt werden. Als Transitionsprozess wird aber auch der Wechsel von einem Projekt-/Programmansatz zu einem anderen verstanden.

Rahmenbedingungen

Generell ist anzumerken, dass ein Transitionsprozess nicht erst am Ende eines Projektes oder Programms beginnen kann, sondern vielmehr ein integrativer Bestandteil der gesamten Projekt- bzw. Programm-Umsetzungsphase sein muss.

Anwaltschaftliche Arbeit in der Entwicklungszusammenarbeit

Unter Anwaltschaft (im Englischen "Advocacy" genannt) wird ein politischer Prozess von einem Individuum oder einer Gruppe verstanden, welcher darauf ausgelegt ist, Entscheidungen des öffentlichen Rechts sowie der Verteilung von Ressourcen innerhalb politischer, ökonomischer und sozialer Systeme und/oder Institutionen zu beeinflussen. Anwaltschaftliche Aktivitäten von einer Person oder einer Gruppe können unter anderem Medienkampagnen, öffentliche Reden sowie die Auftragsvergabe und Veröffentlichung von Forschungs- oder Umfrageergebnissen beinhalten. Lobbying ist eine spezifische Form von Anwaltschaft und zugleich eine bestimmte Weise der Interessenvertretung in Politik und Gesellschaft. Mittels Lobbyismus versuchen Interessengruppen (Lobbys) vor allem durch die Pflege persönlicher Verbindungen, die Exekutive und Legislative zu beeinflussen.

Die Entwicklungszusammenarbeit war seit Anfang an den Spannungsfeldern von höchst unterschiedlichen Interessen ausgesetzt.⁷

Rohstoffe

Die meisten der heutigen Entwicklungsländer waren nach dem Zweiten Weltkrieg mit Ausnahme Lateinamerikas noch unter Kolonialherrschaft. Nach Erlangung ihrer häufig blutig erkämpften Unabhängigkeit waren diese Länder ausgebeutet, verarmt und gegenüber den entwickelten Ländern verschuldet. Entwicklungsländer besaßen häufig reiche Rohstoffvorkommen, nicht aber die Mittel, sie zu veredeln. Die Industrienationen verfügten dagegen über diese Mittel, jedoch nicht mehr über die benötigten Rohstoffe.⁷

Ost- West-Gegensatz

Im Spannungsfeld des sogenannten Ost-West-Konfliktes suchten die konkurrierenden Blöcke unter den Entwicklungsländern nach Verbündeten. Aus Furcht, ein Land nach dem anderen würde zum feindlichen Block übertreten, wurden häufig nach dem Motto „der Feind meines Feindes ist mein Freund“ strategisch wichtige Entwicklungsländer gefördert, auch wenn es sich um blutige und korrupte Diktaturen

handelte, die die Entwicklungschancen des jeweiligen Landes behinderten.

Beispiele dafür sind die Zusammenarbeit der Sowjetunion mit diktatorischen Regimes wie in Kuba, Nordkorea oder zeitweise Angola. Neben der UdSSR war hier auch die DDR aktiv und hatte seit etwa 1960 ein eigenes Büro für wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit mit einigen Staaten.

Andere Entwicklungsländer pendelten zwischen beiden Blöcken hin und her, um opportunistisch die jeweils besten Möglichkeiten zu nutzen („Schaukeldividende“).⁷

Wiedergutmachung für erlittene Kolonialpolitik

1964 gründete sich die Gruppe der 77 mit mittlerweile 131 Entwicklungsländern als Mitglieder, die in der Charta von Algier die wirtschaftlichen Rechte der Dritten Welt, Wiedergutmachung für Jahrhunderte Kolonialpolitik und die Umgestaltung der Weltbank in eine Entwicklungsbank fordern. Eine zentrale Forderung ist es, jährlich mindestens ein Prozent des in den Industriestaaten erwirtschafteten Bruttosozialprodukts den Entwicklungsländern zugutekommen zu lassen.⁷

Internationaler Terrorismus

Die Terroranschläge am 11. September 2001 in den USA nahm die US-amerikanische Regierung zum Anlass, nach eigenen Angaben aus sicherheitspolitischen Gründen Kriege gegen die Taliban in Afghanistan 2001 und 2003 gegen die Diktatur Saddam Husseins im Irak zu führen. Diese Sicherheitspolitik setzte neben politischen und militärischen Druckmitteln auch auf entwicklungspolitische Unterstützungsmaßnahmen, um die Entwicklungsländer zur Kooperation im Kampf gegen den Terrorismus zu bewegen.⁷

Sicherung von Absatzmärkten

Einige der Entwicklungsländer, besonders im asiatischen Raum, bergen in sich ein enormes Potential von Wirtschaftswachstum und werden von den Industrienationen als zukünftige Absatzmärkte für ihre eigenen Produkte für wirtschaftlich strategisch wichtig erachtet.⁷

Israel-Palästina-Konflikt

Am 27. März 2017 verkündete das Außenministerium des Staates Israel die Reduzierung von Zahlungen an UN-Institutionen wegen obsessiver Diskriminierung um zwei Millionen US-Dollar. Stattdessen werden diese Gelder in die Ausweitung israelischer Projekte in Entwicklungsländern investiert, die Israel in Internationalen Institutionen unterstützen.

Gravierende Einschnitte in der Entwicklungszusammenarbeit

Erdölkrise 1973/74

Infolge des Jom-Kippur-Krieges verhängten die arabischen Erdöl exportierenden Staaten vom Oktober 1973 bis März 1974 einen Ölboykott gegen Israel freundlich gesinnte Länder. Dies führte zu einer Energieverknappung in den Industrienationen und löste die erste Ölkrise aus. Zwischen 1973 und 1974 vervierfachte sich der Preis für Rohöl von fast drei US-Dollar auf annähernd zwölf US-Dollar pro Barrel.

Die Entwicklung in den Entwicklungsländern wurde gebremst. Die sich verschlechternden Handelsbedingungen für viele ihrer Rohstoffe in den siebziger und achtziger Jahren führten zu sinkenden Deviseneinnahmen, die sie wiederum vermehrt für das verteuerte Rohöl ausgeben mussten. Dies verstärkte ihre Abhängigkeit von den Großkrediten der Geschäftsbanken.

1979 und 1980 stimmten die arabischen Erdöl exportierenden Staaten für eine zweite Preissteigerungsrunde, die den Richtpreis für Erdöl auf über 30 US-Dollar pro Barrel anhob. In den Industriestaaten kam es zur zweiten Ölkrise und einer noch stärkeren Weltwirtschaftsrezession als nach der ersten Ölkrise. Banken und Regierungen erhöhten die Zinssätze, wodurch die Probleme bei der Schuldenrückzahlung vor allem für die

Entwicklungsländer verschärft wurden und zu noch geringeren Exporterträgen der Entwicklungsländer führten.

In den achtziger Jahren wurde es für die Entwicklungsländer zunehmend schwieriger, frühere Kredite von Geschäftsbanken zu decken, und sie mussten sich an die Weltbank um Hilfe wenden. Diese gewährte in der Folge nur dann Kredite, wenn die Empfängerländer sogenannten Strukturanpassungsprogrammen zustimmten, die Wirtschaftsreformen zur Verringerung der Importe und Förderung der Marktwirtschaft erzwangen.⁷

Politischer Umbruch 1989

Der nach 1945 entstandene Ost-West-Konflikt endete 1989 bis 1991 mit dem politischen und ökonomischen Zusammenbruch der meisten kommunistischen Regime. Der Ostblock und seine Führungsmacht Sowjetunion fielen auseinander. Diese Vorgänge veränderten das Internationale System und Ansichten in der Entwicklungspolitik in mehrfacher Hinsicht.

Unterstützung menschenverachtender Diktaturregime, die mit „Blockrücksichten“ entschuldigt wurden, erwiesen sich nun als überflüssig, wie auch die aus dem OstWest-Konflikt entstandenen „Stellvertreterkriege“ zwischen und innerhalb von Entwicklungsländern. Es verbesserten sich die Chancen, gegenüber Entwicklungsländern Mindestbedingungen wie die Einhaltung der Menschenrechte, den Kampf gegen Korruption sowie Entwicklungsengagement zu fordern und die Einhaltung dieser Standards an die Weiterleistung von Entwicklungshilfe zu knüpfen. Andererseits hatte die „Blockdisziplin“ auch zur Unterdrückung und Eingrenzung inner- und zwischenstaatlicher Konflikte beigetragen, die sich nunmehr verschärften und teilweise gewaltsam ausgetragen wurden.

Strategisch interessante Entwicklungsländer konnten Ost und West nicht länger zum eigenen Vorteil gegeneinander ausspielen. Zudem fiel die Entwicklungshilfe der Ostblockstaaten schlagartig weg, die allerdings von

bescheidener Größenordnung und zudem auf „sozialistische“, blockangehörige Entwicklungsländer wie Kuba und Nordkorea konzentriert gewesen war. Angesichts wachsender Probleme auch im Norden kamen es nicht zur Umschichtung von Verteidigungsausgaben zur Entwicklungszusammenarbeit. Des Weiteren kam hinzu, dass nun ein Teil der früheren Ostblockländer mit den Entwicklungsländern um die Mittel des Westens konkurrierte.

Mit dem Kommunismus war auch das zentralistisch-planwirtschaftliche Entwicklungsmodell der Ostblockstaaten gescheitert, das mit starkem staatlichem Zwang gearbeitet hatte. Dies führte nicht nur zu grundlegenden Veränderungen sowohl in der entwicklungspolitischen Strategie vieler Entwicklungsländer und ihrer Träger, sondern auch in der wissenschaftlichen Diskussion der Entwicklungstheorie. Bündnispolitik, Freund-Feind-Denken und geostrategische Interessen beeinflussen aber nach wie vor die Entwicklungszusammenarbeit.⁷

Einzelaspekte der Entwicklungszusammenarbeit

Frauen und Entwicklung

Die Erfahrungen von Frauen, ihre Kreativität und ihre Schaffenskraft sind wesentlich für die Entwicklung ihrer Länder und für lebendige Demokratien. Die Weltbank hat nachgewiesen, dass Länder, in denen die Unterschiede zwischen Männern und Frauen bei Erziehung, Beschäftigung und Eigentumsrechten gering sind, weniger Unterernährung und Kindersterblichkeit kennen. Die Wirtschaft dieser Länder wächst schneller, mit weniger Umweltschäden, und sie werden zunehmend verantwortungsvoller regiert. Verbesserte Bildungs- und Lebenschancen für Frauen tragen außerdem zu einer bewussten Familienplanung und einem moderaten Bevölkerungswachstum bei.

Eine Studie der Weltbank stellt fest: „Investitionen in Bildung für Mädchen sind die wirksamsten Einzelinvestitionen, die ein Entwicklungsland vornehmen kann. Die Ausbildung von Mädchen wirkt auf alle Dimensionen der Entwicklung: geringere Kinder- und

Müttersterblichkeit, eine geringere Fruchtbarkeitsrate, höherer Bildungsstand bei Töchtern und Söhnen, höhere Produktivität und besserer Umgang mit der Umwelt. “⁸

Wenn Frauen diskriminiert oder unterdrückt werden, bilden sie in den entsprechenden Gesellschaften ein „blockiertes Entwicklungspotential“. Die Gesellschaft ist somit nicht in der Lage, eine vorhandene und bedeutende Entwicklungsressource zu nutzen. Abgesehen davon ist die Diskriminierung von Frauen ein Menschenrechtsproblem.

Aus den hier genannten Gründen fördern Initiativen, wie das Rahel-Bildungsprojekt des Instituts für Weltkirche und Mission (IWM) der PhilosophischTheologischen Hochschule Sankt Georgen vorrangig die Ausbildung junger Frauen.⁹ Das Projekt unterstützt seit 2010 durch Mikro-Stipendien benachteiligte Jugendliche in Adigrat in der Region Tigray im

Norden Äthiopiens. und begleitet sie während ihres Studiums bzw. ihrer Ausbildung. In Äthiopien wird das Projekt von Mitarbeitern des Bistums Adigrat im Rahmen des OVC-Projektes vor Ort betreut.¹⁰¹¹ Die Entwicklungszusammenarbeit soll den Geförderten die Freiheit geben ohne materielle Not selbstbestimmt und eigenverantwortlich ihr Leben zu gestalten. Wichtig für eine nachhaltige Wirkung ist insbesondere die eigene Motivation der Betroffenen, die für sich selbst diese Entwicklung wollen. Zentral ist daher Förderung der Eigenständigkeit und Eigeninitiative der Stipendiaten im Sinne der katholischen Soziallehre. Die Initiative der Studierenden aus Deutschland kann für die Studierenden in Äthiopien als Vorbild funktionieren. Durch personelle Fluktuation bei den Studierenden der Hochschule St. Georgen läuft das Projekt seit Ende 2017 langsam aus. Die Aufgaben der Förderung werden nach und nach alleine von dem Adigrat Diocesan Catholic Secretariat (ADCS) und ehemaligen Absolventen in Äthiopien wahrgenommen.¹²

Kommunale Entwicklungszusammenarbeit

In den letzten Jahren hat sich zunehmend die Erkenntnis durchgesetzt, dass Entwicklung auf Good Governance, Partizipation und Dezentralisierung aufbauen muss, um nachhaltig sein zu können. Damit rücken Kommunen und kommunale Selbstverwaltung ins Blickfeld der Entwicklungszusammenarbeit. Für die Vereinten Nationen, die Weltbank und andere Internationale Organisationen sind heute kommunale Projekte bzw. auf eine Stärkung selbstverwalteter Strukturen gerichtete Aktivitäten ein wichtiges Element ihrer Arbeit. Zugleich hat die Bedeutung der Kommunen als Akteure der internationalen Entwicklungszusammenarbeit international stark zugenommen. Das ist beim Millennium-Gipfel, der UN-Generalversammlung im Jahr 2000, unterstrichen worden. Die Weltunion der Kommunen (United Cities and Local Governments – UCLG) hat sich 2005 der UN-Millenniumkampagne angeschlossen und die Umsetzung der Millennium-Entwicklungsziele als Aufgabe der Städte und Gemeinden angenommen.

Kultur und Entwicklung

Die Kultur fristet in der Internationalen Entwicklungszusammenarbeit ein Schattendasein. Dies betrifft einerseits Kultur im weiteren Sinne, als Lebensweise, Tradition und Brauchtum (sogenannte soziokulturelle Schlüsselfaktoren), im Besonderen aber Kultur im engeren Sinne, als Kunst und Kreativität in den Bereichen Bildende Kunst, Darstellende Kunst, Literatur, Musik und Medien sowie deren Einfluss auf die Entwicklung eines Individuums, einer Gesellschaft oder eines Staates.

Für die deutsche Außenpolitik ist festzustellen, dass sich die beiden jeweils zuständigen Ministerien für Entwicklungspolitik und Auswärtige Kulturpolitik, das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) und das Auswärtige Amt (AA) nur in wenigen Teilbereichen zuständig fühlen. Dies betrifft die Abteilung Kultur und Kommunikation des AA sowie das Referat 204 Gleichberechtigung der Geschlechter; Menschenrechte; Kultur und Entwicklung¹³ im BMZ. Zusätzlich sind auch verschiedene Landesministerien hier aktiv.

Auf Internationaler Ebene gewinnt das Thema in den letzten Jahren zunehmend an Bedeutung. Zentrales und zugleich jüngstes Moment ist das UNESCO Übereinkommen zum Schutz und zur Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen von 2005: „Die Bedeutung des Zusammenhangs zwischen Kultur und Entwicklung für alle Länder, insbesondere für die Entwicklungsländer, zu bekräftigen und die Maßnahmen zu unterstützen, die auf nationaler und internationaler Ebene ergriffen werden, um die Anerkennung des wahren Wertes dieses Zusammenhangs sicherzustellen ... Die internationale Zusammenarbeit und Solidarität in einem Geist der Partnerschaft zu stärken, um insbesondere die Fähigkeiten der Entwicklungsländer zum Schutz und zur Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen zu erhöhen.“ Staaten wie Schweden (SIDA), Dänemark (Danida), die Niederlande widmen sich bereits intensiv dem Thema. Österreich (OEZA) und die Schweiz (DEZA) haben in den vergangenen Jahren ihr Engagement deutlich eingeschränkt.¹⁴

In den letzten Jahren beschäftigen sich zunehmend auch deutsche Akteure im Gegenstandsbereich. Ein Startpunkt waren etwa die Konferenzen zu „Fortschritt“ 2004 und „Kultur, Entwicklung und Fortschritt“ 2006 des Goethe-Instituts und der Deutschen Gesellschaft für technische Zusammenarbeit (GTZ) GmbH. Das Goethe-Institut baute seine Arbeit in diesem Bereich aus und gründete in Zusammenarbeit mit lokalen Akteuren die weltweite Initiative Kultur und Entwicklung. Die Aktivitäten konzentrieren sich auf die folgenden vier Bereiche:

- Berufliche Qualifizierung*
- Bildungsberatung/Bildungskooperation*
- Gestaltung kultureller Räume*
- Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft.¹⁵*

Auch der Deutsche Entwicklungsdienst (DED) widmet sich auf seine Weise dem Feld.

Die Szene der NROs auf diesem Gebiet ist weiter dünn bestellt. Deutsche Beispiele sind der seit 1992 in Münster ansässige und in Nicaragua agierende gemeinnützige Verein Pan y Arte und der in Tansania aktive Freundeskreis Bagamoyo. Ein Internationales Beispiel ist das von Jeunesses Musicales International initiierte Projekt im südlichen Afrika Music Crossroads International.

Im Oktober 2006 wurde das von verschiedenen deutschen NROs und Experten formulierte „Manifest für eine enge Zusammenarbeit zwischen Auswärtiger Kulturpolitik und Entwicklungspolitik, Kultur und Kunst für nachhaltige Entwicklung“ veröffentlicht. Es beinhaltet einen Katalog an Leitsätzen für eine erweiterte kulturelle Außenpolitik Deutschlands.

Im Dezember 2009 wurde das Weißbuch „Kulturelle Vielfalt gestalten“ von der Deutschen UNESCO Kommission vorgelegt. „Kulturelle Vielfalt ist eine unverzichtbare Ressource für die Freiheit und Entwicklung von pluralistischen Gesellschaften. Ihre Stärkung ist eine Zukunftsinvestition“, so Walter Hirche, Präsident der Deutschen UNESCO-Kommission. Im Rahmen der Bundesweiten Koalition Kulturelle Vielfalt sammelten deutsche Kulturschaffende, Künstler und Politiker Vorschläge zum Schutz der kulturellen Vielfalt. In dem Weißbuch der Zivilgesellschaft wurden Empfehlungen an die beteiligten Akteure ausgesprochen. Bestandteil dessen ist auch das Kapitel „Fair Culture“, das sich den Nord-Süd und Süd-Süd-Beziehungen im Internationalen Austausch widmet.

Naturschutz durch Entwicklungszusammenarbeit

An Bedeutung hat dieses Feld durch die Auswirkungen des Klimawandels gewonnen, der den Verlust an biologischer Vielfalt beschleunigt. Als globale Bedrohung menschlicher Lebensgrundlage ist der Verlust von Tier- und Pflanzenarten sowie ganzer Lebensräume seit der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung 1992 in Rio de Janeiro anerkannt worden.

Neuere Ansätze des Naturschutzes gehen davon aus, dass Schutzziele von Lebensräumen oder speziellen Pflanzen und Tierarten nur zu erreichen

sind, wenn die Bevölkerung in die Aktivitäten maßgeblich einbezogen wird. Da sich ein Großteil der weltweiten Biodiversität in Entwicklungs- und Schwellenländer befindet, spielen diese Regionen bei den globalen Schutzanstrengungen eine besonders große Rolle. Auf Internationaler Ebene fordern die Entwicklungs- und Schwellenländer, am Zugang zu ihren biologischen Ressourcen (Samenbanken etc.) und dem daraus erzielten Mehrwert teilzuhaben (Access and Benefit Sharing). Aus den Schutzinteressen westlicher Staaten und den direkten ökonomischen Interessen der lokalen Bevölkerung erwachsen teilweise Konflikte. Meist versuchen die Akteure, alternative Erwerbsquellen für die Bevölkerung aufzubauen (Ökotourismus etc.).

In Deutschland arbeiten der WWF, der NABU, Euronatur und der BUND über seinen Partner Friends of the Earth im Bereich Entwicklung und Naturschutz. Bedeutendster staatlicher Akteur ist die Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit, GTZ.

Kritik an der Entwicklungszusammenarbeit

Kritik an Entwicklungszusammenarbeit kommt aus verschiedenen Richtungen. Teilweise wird der „Utopismus“ der klassischen Entwicklungsansätze kritisiert, der kein Auge für die Realitäten vor Ort habe und grundlegende ökonomische Einsichten missachten würde.¹⁶ Insbesondere fehle es für nachhaltige Entwicklungshilfekonzepte an deren methodischer empirischer Evaluierung. Die permanente wissenschaftliche Überprüfung der Ergebnisse der Hilfsmaßnahmen – in Form verbesserter Bildung oder gestiegenen Wohlstands – sei für effektive Entwicklungshilfe unverzichtbar.¹⁷

Vor allem Ethnologen, Angehörige indigener Völker¹⁸ und Aktivisten aus Entwicklungsländern (wie z. B. Vandana Shiva aus Indien) weisen darauf hin, dass die Annahmen und Ziele der Entwicklungszusammenarbeit einer eurozentrischen und rein marktwirtschaftlich orientierten Perspektive entspringen. Die allgemein übliche Geringschätzung subsistenzorientierter traditioneller Wirtschaftssysteme, die offen oder

subtil als „unterentwickelt“ betrachtet werden, erkennt deren enorme Bedeutung zur Sicherung weitgehend unabhängiger, sozial und ökologisch nachhaltiger-Existenzweisen.¹⁹ Anstatt anzuerkennen, dass selbst hergestellte Güter und traditionelles Wissen den Menschen jahrtausendlang eine weitgehende Bedürfnisbefriedigung und z. B. mehr Freizeit als unter modernen Bedingungen ermöglicht hat (→ siehe Geschichtliche Entwicklung des Lebensstandards), werden die westlichen Vorstellungen von (u. a.) Armut, Reichtum und Fortschritt ideologisch zur einzigen Wahrheit erhoben.^{20,21} Insofern bemängeln solche Kritiker, dass Profit, Konsum und Wachstum – die in erster Linie der Weltwirtschaft nutzen und nicht den betroffenen Menschen – die Entwicklungszusammenarbeit maßgeblich bestimmen würden. Im Extremfall sehen sie darin eine Entwicklung von einer bescheidenen, aber unabhängigen und selbstbestimmten zu einer konsumorientierten, aber abhängigen und fremdbestimmten Lebensweise.²²

Viele linke Kritiker bemängeln, dass westliche Entwicklungshilfe sich an kapitalistischer Produktionsweise orientiere und die Souveränität der Empfängerländer durch politische Vorgaben der Geberländer und internationaler Organisationen untergraben werde. Der ghanaische Ökonom George Ayittey weist zudem darauf hin, dass viele Entwicklungsländer von korrupten Eliten geprägt seien, die nicht im Interesse ihrer Bevölkerungen handelten.

Sowohl Globalisierungskritiker als auch Ökonomen wie Ayittey und Jeffrey Sachs kritisieren einen zu großen Fokus auf industrielle und städtische Entwicklung und die Vernachlässigung der landwirtschaftlichen Entwicklung, die für viele Entwicklungsländer ein sehr wichtiger Wirtschaftssektor ist.

Die gelegentlich geäußerte Kritik, Entwicklungsländer erhielten netto gar keine Entwicklungshilfe, da die Rückzahlungen von Schulden größer als die geleistete Hilfe sei, ist jedoch falsch. Das zeigen Zahlen, die die OECD veröffentlicht²³, Zahlen, die vom Entwicklungsprogramm der Vereinten

Nationen (UNDP) veröffentlicht werden²⁴ und mehrere Untersuchungen unabhängiger Wissenschaftler.²⁵²⁶ In allen Jahren seit 1960 sind die Netto-Flüsse von Entwicklungshilfegeldern (Hilfsgelder abzüglich Schuldenrückzahlung) positiv. So flossen beispielsweise im Jahr 2004 netto 26,5 Milliarden USD nach Sub-Sahara-Afrika. Eine Ausnahme bildet Südkorea, das mittlerweile selbst ein Geberland ist und von vielen als Vorbild für erfolgreiche Entwicklung angeführt wird. Da es selbst keine Entwicklungshilfe mehr bezieht, aber noch alte Schulden abbezahlt, hatte es in den letzten Jahren negative Mittelflüsse.

Die römisch-katholische Kirche kritisiert, dass bei der auf rein technisch-materiellen Prinzipien aufgebauten Entwicklungszusammenarbeit Gott nicht nur ausgelassen wurde, sondern die Menschen von Gott abgedrängt würden und damit die Dritte Welt zur Dritten Welt im heutigen Sinn gemacht worden sei.²⁷ Auch Vertreter katholischer Orden, die sich 2007 mit 118 Mio. Euro in der Entwicklungszusammenarbeit engagierten, fordern eine stärkere Präsenz in den deutschen Fachgremien der Entwicklungshilfe.²⁸ Dies widerspricht jedoch oftmals dem Verständnis der Trennung von Kirche und Staat. Umgekehrt lässt sich auch kritisieren, dass ebendiese Kirche stattdessen ein Missionsziel verfolgt, sich mithin auf ähnliche Weise um eigene Interessen kümmert.

Es wird auch angeführt, dass die Gelder hauptsächlich der eigenen Wirtschaft zugutekommen. So warb das Bundesministerium für Entwicklungszusammenarbeit 2010 selbst damit, dass jeder Euro der Entwicklungszusammenarbeit für die deutsche Wirtschaft einen dreimal so großen Effekt in Form anschließender Exporte hat.²⁹ CDU und FDP hingegen kritisieren seit Jahren, dass die Entwicklungshilfe in Deutschland in einer „Schieflage“ sei und zu wenig Wirtschaftshilfe im Blickpunkt habe. Insbesondere wird die Entwicklungshilfe für China kritisiert (im Jahr 2006 wurden 56,5 Millionen Euro Entwicklungshilfe an China gezahlt,³⁰ im Jahr 2008 waren es 187 Millionen Euro Entwicklungshilfe für China³¹), da China längst kein Entwicklungsland mehr sei und mittlerweile zu einem Hauptkonkurrenten in der